Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 84. Donnerstag den 11. April. 1850.

Inhalt.

Berlin, den 10. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem ordentlichen Professor an der Universität in Halle, Dr. Schweigger, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Rechnungsführer Pflaum des 5ten Ulanen-Regiments den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Rathmann Geier zu Landshut das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und zu Beamten der Staatsanwaltschaft in der Provinz Westphalen zu ernennen: I. Im Bezirk des Appellationsgerichts zu Münster: a) zum Ober-Staatsanwalt den bisherigen Appellations-Gerichts-Rath Sethe in Münster; b) zu Staatsanwalten: für die Kreisgerichte zu Münster und Warendorf den Ober-Gerichts-Assessor Hering in Münster, für die Kreisgerichte zu Coesfeld und Ahaus den früheren Land- und Stadt-Gerichts-Rath Brüning in Coesfeld, für die Kreisgerichte zu Recklinghausen und Borken den Ober-Gerichts-Assessor Rolshausen in Recklinghausen und für die Kreisgerichte zu Steinfurt und Tecklenburg den Ober-Gerichts-Assessor Wiens in Steinfurt; II. Im Bezirk des Appellationsgerichts zu Arnsberg: a) zum Ober-Staatsanwalt den bisherigen Appellations-Gerichts-Rath von Mengershausen in Arnsberg; b) zum Staatsanwalt: für die Kreisgerichte zu Siegen und Olpe den früheren Land- und Stadtrichter Hüttemann in Siegen; III. Im Bezirk des Appellationsgerichts zu Hamm: a) zum Ober-Staatsanwalt den bisherigen Appellations-Gerichts-Rath Graßhoff in Hamm; b) zu Staatsanwalten: für die Kreisgerichte zu Hamm und Soest den Ober-Gerichts-Assessor Bergholtz in Hamm, für die Kreisgerichte zu Bochum und Soest den Ober-Gerichts-Assessor zur Nedden in Bochum, für die Kreisgerichte zu Hagen und Dortmund den Ober-Gerichts-Assessor Löbbecke in Dortmund, für die Kreisgerichte zu Wesel und Duisburg den früheren Land- und Stadtrichter Dieterici in Wesel und für die Kreisgerichte zu Iserlohn und Lüdenscheid den Ober-Gerichts-Assessor Rudolph in Iserlohn; IV. Im Bezirk des Appellationsgerichts zu Paderborn; zum Ober-Staatsanwalt den früheren Land- und Stadtgerichts-Direktor von Beughem in Paderborn; a) zu Staatsanwalten: für das Kreisgericht zu Paderborn den früheren Land- und Stadtgerichts-Rath Vönnewitz daselbst, für die Kreisgerichte zu Bielefeld und Halle den früheren Land- und Stadtgerichts-Rath Schreiber in Bielefeld, für das Kreisgericht zu Herford den früheren Kriminal-Direktor Golster daselbst, für die Kreisgerichte Hörter und Warburg den früheren Garnison-Auditeur Lange in Hörter und für die Kreisgerichte zu Minden und Lübbecke den früheren Land- und Stadtgerichts-Rath von Michalkowsky in Minden; ferner im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein den bisherigen Justiz-Senats-Assessor Springmühl daselbst zum Staatsanwalt für das Kreisgericht in Wetzlar.

Se. Durchlaucht der Fürst zu Solms-Lich und Hohen-Solms, ist von Erfurt hier angekommen. — Der Graf von Bülow, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Hannoverschen und Großherzoglich Oldenburgischen Hofe, Se. Excellenz der Ober-Marschall im Königreich Preußen, Graf Fink von Finkenstein, sind von hier nach Erfurt abgereist.

Politische Wochenschau vom 2. bis 9. April.

Das Resultat, oder vielmehr die Resultatlosigkeit der Schlußverhandlung des Verfassungausschusses des Volkshauses (vergl. No. 82. d. Z.) ist der Gegenstand lebhafter Theilnahme aller Vaterlandsfreunde.

Der Verfassungsausschuß hat bekanntlich am 3. in einer Sitzung, welche von 5 Uhr Nachmittags bis 1 Uhr Nachts dauerte, nicht nur die Berathung der Additional-Akte, des Wahlgesetzes und der Eröffnungs-Botschaft vollendet, sondern auch über die dem Hause vorzulegenden Anträge in Betreff des Verhältnisses der Revision zur Annahme der Verfassung Beschluß gefaßt. Ehe man an die letztere Frage gelangte, bemerkte Hr. v. Radowitz noch, daß sein Antrag auf Modifikation des §. 10.: „Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu", zwar in dem Ausschusse ohne Unterstützung geblieben sei, er sich aber dennoch vorbehalten müsse, denselben zur Verhandlung des Hauses zu bringen. Der Antrag ging in der Fassung des Hrn. v. Radowitz nicht nur auf Streichung des Wortes „ausschließlich", sondern auch auf folgenden Zusatz: „Sie (die Reichs-Gewalt) übt dasselbe mit Vorbehalt der Rechte und Pflichten, welche der Union aus der herzustellenden Verbesserung des Bundes vom 8ten Juni 1815 erwachsen werden." Hierauf entspann sich eine lange und lebhafte Debatte über die Schlußanträge, welche sich zuerst namentlich um die Rechtsfrage bewegte. Hr. v. Radowitz selbst brachte diese zur Sprache, indem er sich von Seiten der Staatsrechtskundigen Aeußerung darüber erbat, ob denn wirklich eine, wie er zu seinem Bedauern höre, viel verbreitete, von ihm aber nicht getheilte Ansicht rechtlich begründet sei, daß nämlich jeder der verbündeten Regierungen aus einzelnen, von dem Parlamente und der Mehrzahl der Regierungen beschlossenen Abänderungen das Recht des Rücktrittes erwachse. Man sprach sich hierauf fast allgemein dahin aus, daß, wenn die weitere Entwickelung der Dinge diese Frage wirklich vor das Reichs-Schiedsgericht bringen sollte, sie von diesem nur bejahend würde entschieden werden können. Auch Hr. Triest, obwohl ein Gegner der Annahme en bloc, erkannte an, daß die bloße Rücksicht auf den Rechtspunkt für dieselbe spreche. Es war der Ausschuß in dem Falle, gar keinen Majoritäts-Antrag an das Haus bringen zu können, und es wird der Bericht sich auf die bloße Erwähnung der gefallenen Anträge beschränken müssen.

Es wird nicht verkannt, wie niederschlagend die Wirkung auf die öffentliche Meinung und wie nachtheilig die Folgen für die ganze Mission des Parlaments sein würden, wenn eine ähnliche Zersplitterung in der Plenarversammlung einträte, und auch diese nur zu Minoritätsbeschlüssen gelangte. Vorläufig sind jedoch sämmtliche Fraktionen entschlossen, ihre früheren Programme, und die demgemäß im Ausschusse gestellten verschiedenen Anträge festzuhalten. Die Bahnhofspartei, welche im Ausschusse nur unterlag, weil Herr v. Bodelschwingh eine gesonderte Stellung nahm, glaubt der Mehrheit im Plenum fortwährend sicher zu sein. Die übrigen Frhktionen rechnen auf eine Spaltung innerhalb dieser bisherigen Majorität, und auf die Bildung eines neuen Centrums aus ihr heraus.

In der am Abend des 4. gehaltenen Konferenz der Bahnhofspartei traten übrigens die Symptome eines Bruches noch nicht klar hervor. Die dem Ausschusse angehörigen Mitglieder, namentlich Hr. v. Vincke, statteten über die Vorgänge in der Schlußsitzung ausführlich Bericht ab. Herr v. Bodelschwingh ergriff wiederholt das Wort zu seiner Rechtfertigung. Er suchte nachzuweisen, daß er mit seiner Auffassung vollständig auf dem Boden des von ihm ausgegangenen Programms geblieben sei; obwohl er mit derselben im Ausschusse allein gestanden, hoffe er doch die Zustimmung der Partei für sie zu gewinnen. Sollte die Majorität gegen ihn entscheiden, so werde er sich unterwerfen. Man gelangte nach längerer Diskussion nicht zu definitiven Beschlüssen, sondern vertagte diese auf heute.

Die Centrumspartei versammelt sich jetzt im Klemm'schen Restaurationslokale. Ihr Vorstand besteht aus den Herren Goldtammer, Urlichs und Falk. Sie hielt auch gestern Abend an der Ueberzeugung fest, daß der Weg der Annahme der Verfassung en bloc, namentlich nachdem ihn die Regierungen verworfen, ein resultatloser sei. Ebenso sei jedoch eine zeitraubende Revision bis ins Einzelne zu vermeiden. Man schließe sich am Besten auch im Plenum ganz dem im Ausschusse gewählten Gange an, indem man nach dessen Vorschlägen rasch alle wichtigeren, der Revision bedürftigen Punkte formulire, und dann das Gesammtresultat den Regierungen zur Erklärung überreiche. Die Partei wird im Wesentlichen den vorgestern von Hrn. Hasselbach im Ausschusse vorgelegten Antrag zu dem ihrigen machen, hat sich jedoch dessen definitive Formulirung noch für die heutige Abendsitzung vorbehalten. Es fragt sich, ob den Regierungen vorläufig nur die Revisions-Akte vorgelegt werden, und jede bindende Erklärung über die Annahme der Verfassung noch vermieden, oder ob diese sofort beigefügt werden soll. — Die Fraktion hat sowohl die des Bahnhofes, als die des Schlehendorns von ihrer Constituirung unterrichtet, und beide um Mittheilung der Anträge ersucht, welche sie später im Plenum zu stellen beabsichtigen. Hr. Stahl antwortete in sehr verbindlichen Ausdrücken.

Am 4. Abends fand im „Schlehendorn" eine Versammlung der Partei der Rechten statt. Stahl wurde zum provisorischen Vorsitzenden erwählt und ihm freigestellt, sich der Mitwirkung selbstgewählter Parteimitglieder zu versichern.

Es wurde hierauf auch hier über die Vorgänge im Ausschusse Bericht erstattet. Die Partei wird den dort gestellten Antrag des Herrn v. Senden festhalten und auf eine spezielle Revision der Verfassung in allen ihren Theilen vor ihrer Annahme dringen. Sie ging demgemäß sofort zur Besprechung der Abänderungsvorschläge zur Verfassung über, und zwar zunächst zu Abschnitt 5, das Reichsgericht betreffend.

So weit die Ansichten der verschiedenen Fraktionen auch in diesem Augenblicke über die nächsten Hauptfragen noch auseinandergehen, so ist doch nicht anzunehmen, daß es zu einem schweren und nicht auszugleichenden Konflikte zwischen dem Parlamente und den Regierungen kommen werde. Die Abgeordneten der kleineren Staaten, und namentlich auch die der süddeutschen, sind, obwohl sie sich meist der Bahnhofspartei angeschlossen haben, noch weniger zu einer systematischen Opposition geneigt, als die Preußischen. Sie sind meist mit einem so tiefen Ueberdrusse an der Kleinstaaterei hier angelangt, daß sie jede ihren Erwartungen nur einigermaßen entsprechende Aenderung dieser Zustände anzunehmen bereit sind. — Andererseits sind die aus den sichersten Quellen von Berlin her hier eingehenden Nachrichten fortwährend darin übereinstimmend, daß die Intentionen dort in der höchsten Instanz entschieden für das Zustandekommen des Bundesstaats sind, wenn auch allerdings unter den von der Preußischen Regierung bereits angedeuteten Modifikationen. Die Schwierigkeiten liegen am meisten in einigen der kleineren Regierungen, welche die Blocannahme wie die Revision als Vorwände für neue Verwickelungen benutzen zu wollen scheinen.

Sachsen. Wiederholte Gerüchte sprechen von einer Reorganisation des Ministeriums — namentlich von dem Eintritt des Herrn v. Falkenstein, und des durch seine Schrift: Der Deutsche Bundesstaat eine Unmöglichkeit, bekannten von Thilau. In der zweiten Kammer haben die Bugetberathungen begonnen — Würtemberg. Die Verlesung der Thronrede in der bekannten Form wurde von dem Ministerium vielfach beanstandet, der König versprach Abänderung der bezeichneten Stellen, trotzdem verlas er sie mit all' den Ausfällen gegen Preußen. Der Verfasser soll nicht Dingelstädt, sondern der Professor Kuhn sein. — Mecklenburg. Das Ministerium in Schwerin ist abgetreten; da noch kein neues an die Stelle getreten, wollte das alte die Auflösung der Kammern noch aussprechen, wogegen der Präsident Protest erhob, von der Ansicht ausgehend, daß dies nur von einem in Funktion befindlichen Ministerium erfolgen könne. Eine beabsichtigte Sitzung der Linken am Tage nach der Auflösung wurde durch Besetzung des Sitzungslokals verhindert. — Schleswig. Die Landesversammlung hat sich gegen die Politik der Statthalterschaft ausgesprochen, und die Wiederbesetzung Schleswigs beschlossen, was allerdings unmittelbar zum Kriege führen würde. Gewiß würden in diesem Falle die Preußischen Offiziere nicht dort bleiben. Die Kieler Landesversammlung hat dem Verlangen der Statthalterschaft nachgegeben und eine neue Kommission zur Prüfung ihrer Vorlagen über die Gefahr des Landes ernannt. — Zwischen den Herzogthümern und Hamburg sind Differenzen entstanden, da die Hamburger Polizeibehörde die Ueberschrift: Schleswig-Holsteinsches Ober-Postamt hat schwarz überstreichen lassen.

Preußen. Bei der Vereidigung auf die Verfassung, ist von verschiedenen katholischen Geistlichen die Forderung gestellt worden, dieselbe nur mit Vorbehalt zu leisten, dem jedoch die Regierung mit Entschiedenheit entgegen getreten ist, indem sie die sofortige Niederlegung des Amts verlangt, im Fall dieselben den Schwur zu leisten Bedenken tragen würden. — Bei den Wahlen zur ersten Kammer sind meist dieselben Deputirten wieder gewählt worden. — In Breslau haben sich bei der Wahl zum Gewerberath die Gesellen fast gar nicht betheiligt.

Oesterreich. Das neue Einkommensteuer-Gesetz bewegt alle Gemüther und drängt die Politik in den Hintergrund, obgleich die gouvernementalen Blätter vielfach bemüht sind, die Preußische Politik in Erfurt zu verdächtigen. — In Ungarn nehmen die ultramontanen Agitationen immer mehr über Hand und richten sich jetzt hauptsächlich gegen die Protestanten. — In der Bacska nehmen die Räubereien so überhand, daß man nur unter militärischem Schutz reisen kann. — Ueber Triest sind Nachrichten aus Griechenland gekommen, nach welchen die Engländer die sequestrirten Schiffe verkaufen wollen.

Frankreich. In Paris sind neue Wahlagitationen, die Parteien scheinen sich um Girardin und Foy zu schaaren, jedoch scheint die Eintracht unter den Socialisten durch die eigenmächtige Candidatur Emil Girardins gefährdet. — Die Französische Flotte ist in Neapel angekommen. — Die Gerüchte über Abänderung des Wahlgesetzes mehren sich; wie es heißt, soll nur der Wähler sein, der das 25. Jahr zurückgelegt und steuerpflichtig ist — wogegen die Soldaten unter der Fahne, so wie die Dienstboten, ausgeschlossen werden sollen. — Das Gesetz über die Bürgermeisterwahlen hat große und lebhafte Discussionen hervorgerufen, namentlich sind es die Legitimisten, die dagegen opponiren. Ebenso hat der Gesetzentwurf über Vertheilung der National-Belohnungen an die beiderseitigen Opfer der Februartage, einen großen Sturm hervorgerufen.

Schweiz. Der Sieg der Conservativen scheint denn doch entschieden zu sein, obgleich die Radikalen denselben läugnen und sich zuschreiben. — Die Zahl der Bären oder Radikalen soll nur 7000, die der Löwen oder Conservativen dagegen 12,000 sein. — In Folge der Untersuchungen gegen den Deutschen Arbeiterverein, der nur mit socialdemokratischer Politik sich beschäftigt hat, sind 400 Mitglieder desselben ausgewiesen worden.

Deutschland.

Berlin, den 7. April. Was ich hier von Erfurt hörte, ist in der That kaum geeignet, mir viel Lust zur Reise dahin einzuflößen. Es sind auch ernste Leute, die den Kopf schütteln, wenn man ihnen von Erfurt spricht, und die mit der Sprache darüber nicht recht heraus wollen. Es giebt Niemand, der nicht die Wichtigkeit, die Erfurt haben könnte, einsieht, aber nur sehr Wenige, die es in der That für wichtig halten. Man hält es für eine Niederlage der Preußischen Diplomatie, und was noch viel schlimmer, für eine Niederlage Deutscher Hoffnungen.

Ich bin nun freilich kein solcher Schwarzseher, und wenn ich hier das Urtheil der Demokratie über Erfurt ganz verschweige, so geschieht es deswegen, weil ich glaube, daß die hiesige Demokratie in dieser Frage in ihrer starren Consequenz viel zu weit geht. Man darf sich, wo es um Alles geht, noch viel weniger von dem praktischen Boden der Wirklichkeit entfernen, als in einer Frage, die sich leichter auf idealen Boden hinüberspielen läßt; es handelt sich hier um Sein oder Nichtsein — um Einigkeit oder Bundestag, was so ziemlich doch auf gleicher Linie stände. Wir haben die Taktik der Demokratie bei den Wahlen nach Erfurt eben so wenig gebilligt, als bei den Wahlen für die Berliner Kammern. Wir halten es für unwürdig, auf des Nächsten Fehler zu spekuliren, und darauf zu rechnen, daß die Reaktion sich immer tiefer und tiefer verrennen würde. Es wäre patriotischer gewesen — freilich kennt die Demokratie kein Vaterland, sondern nur die Menschheit — sich vom öffentlichen Leben nicht zurückzuziehen und Wort um Wort, Prinzip um Prinzip in die Wagschale zu legen. — Es ist kaum ein Zweifel, daß trotz des Wahlcensus, trotz des Systems der drei Klassen, die Demokratie ihre bedeutendsten Talente hätte durchsetzen können, und dann wäre es ein großer, ernster, aber würdiger Kampf gewesen. Es taugt nichts, wenn in einem Lande sich die Parteien nur im Leben, in der Presse, scharf absondern, und sich auf der Tribune nicht auch gegenüberstehen — es ist dieses dann von einer Seite immer ein Kampf mit geschlossenem Visir, immer ein Kampf, wo Mißtrauen gegen den Gegner verzeihlich ist, und wir wissen es nur zu gut, welches Unglück das Mißtrauen der Parteien über uns heraufbeschworen. Die Demokratie mußte mit allem Aufwande ihrer Kraft die Wahlen nach Erfurt in die Hand nehmen, um entweder von der Deutschen Verfassung zu retten, was noch zu retten war, oder um wenigstens Preußen — selbst wider seinen Willen an dem Bündnisse vom 26. Mai festzuketten, — damit nur nicht dieses falle und der neue Bundestag erstehe.

Die Demokratie hat dieses nicht gethan, die Folgen davon werden nur zu bald sichtbar werden.

Es ist übrigens keine Frage, daß die Demokratie in Berlin und in ganz Preußen auf einem ganz andern Standpunkte steht, als die sogenannten Radikalen in Oesterreich. Die Demokratie in Deutschland weiß, was sie will, und das ist die Hauptsache bei einer politischen Partei. Sie kann etwas Falsches vielleicht wollen, das ist Sache der Regierung, aber dieser selbst muß es wichtiger sein, eine Partei gegen sich zu wissen, die ein abgeschlossenes Programm, eine genaue Organisation hat, als eine Anzahl — ob größer oder kleiner, daran liegt nichts — von Menschen, die von einem unklaren Freiheitsgefühle getrieben, immer bereit sind, Opposition zu machen, wenn es nur Opposition gegen die Regierung ist. Nicht daß die Demokratie in Deutschland Opposition macht, selbst nicht daß sie sich scheinbar aus der höhern Politik zurückzieht, macht sie so wichtig — sondern, daß sie sich auf praktischen Boden stellt, und vorsichtiger, als jemals, nur das Mögliche zu erreichen strebt.

Es ist keine Frage, daß die letzten Tage ihr wieder ein weites Feld geöffnet haben. Freiwillig von den Kammer- und Erfurter Wahlen zurückgetreten, hat sie nun begonnen, sich sowohl hier als in Breslau und in vielen anderen Städten an den Wahlen zum Gewerberathe zu betheiligen, und so im kleineren Kreise, im Schooße der Gemeinde, getragen von der Kraft der materiellen Interessen, ihre Prinzipien zu verfechten. Und so weit die Nachrichten bis jetzt vorliegen, hat sie zum Theil bereits überall gesiegt, zum Theil ist ihr der Sieg gesichert. Und das ist ein großes, wichtiges Moment in der Entwicklung dieser Partei. Wenn eine Verfassung den Satz aufstellt: die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde, — und alle Verfassungen haben diesen Satz in mehr oder weniger gleichen Worten adoptirt — dann wird der Staat durch dieses Vorgehen der Demokratie viel sicherer frei, als durch mehrere Sessionen revidirender oder gesetzgebender Kammern. Es ist dieses eine Politik, die von Grund auf baut, möge also nur das Prinzip des Baues kein falsches sein.

Man würde aber in einen großen Irrthum verfallen, wenn man denken sollte, daß solcher Organisation gegenüber die konservative Partei thatlos die Hände in den Schooß legte. Gewiß nicht. Sie ist in ihrer Art eben so unermüdlich, aber insofern im Nachtheil, als sie den weitesten, fruchtbarsten Boden bereits von der Demokratie besetzt findet. Was nützen den Konservativen ihr Stadtrath und ihre Kammern — wenn sich Niemand darum kümmert? Und hier ist der faule Fleck! Wie der Gemeinderath in Wien, hat auch der Stadtrath in Berlin alles Vertrauen durch seine Wohldienerei verloren, verloren gegen unten, wo er lächerlich ist, verloren gegen oben, weil er unten lächerlich geworden! Es läge in solchen Vorgängen und Erscheinungen wohl eine ernste, mahnende Lehre, wenn die Betreffenden überhaupt für Lehren sehr empfänglich wären. Die Wirksamkeit des konservativen Stadtrathes wird in allen materiellen Verhältnissen von dem demokratischen Gewerberathe überflügelt, und dieser doppelten Einfluß erringen, weil er einerseits aus der Partei hervorgegangen, andererseits in den Gewerbefragen, dem demokratischen Prinzipe zufolge, sich auf den Standpunkt der Gewerbefreiheit und des Freihandels stellen wird. — Und die Kammern! Wir haben gesehen, welche Rolle sie in Berlin gespielt, wie theilnahmslos sie getagt, wie unbedauert ihr Scheiden! Es ist ein trauriges Ergebniß der Minoritätswahlen, daß aus solchen Kammern die Verfassung in ihrer Endgültigkeit hervorging, und die Geschichte der letzten Wochen ist ein mahnungsvolles memento an die ganze konservative Partei. Sie hatte nur den Muth, sich zu ergeben, aber nicht den Muth, zu sterben. Trauriger Zwiespalt: Nicht leben können und nicht sterben wollen!

Weil man nun diese Beispiele, diese Vorgänge, diese Wahlen, diese Parteien hier näher und genauer kennt — deswegen das geringe Gewicht, das man auf Erfurt legt. Man hält es für eine Fortsetzung der Berliner Kammern, verstärkt durch einige Leute, die würdig gewesen, in den Berliner Kammern zu sitzen. Man hatte gleich im Anfange wenig gehofft, und dieses Wenige ist nun noch durch Carlowitz's Erklärung noch weniger geworden. — Doch, ich will der eigenen Anschauung nicht vorgreifen, — ich schrieb Ihnen nur, was man **hier** davon denkt, und was man nicht so leicht in Journalen zu lesen bekommt (Wanderer.)

Berlin den 8. April. (Berl. N.) Es befindet sich hier zur Zeit ein Abgeordneter des Justizministeriums in Wien, ein österreichischer Stadtgerichtsrath, um das hiesige Schwurgerichtsverfahren kennen zu lernen. Er besucht zu diesem Zweck täglich die Schwurgerichtssitzungen und hat, seinen Aeußerungen nach, das hiesige Schwurgericht die meiste Routine unter allen den Schwurgerichtshöfen, die er bereits kennen gelernt hat. Er wird von hier nach dem Rhein gehen, um auch von dem dortigen Verfahren Kenntniß zu nehmen und dann, nach den Erfahrungen, die er durch die Anschauung der verschiedenen Schwurgerichtshöfe gewonnen hat, in Oesterreich die Schwurgerichte, die durch ein Gesetz längst angeordnet, bis jetzt aber noch nicht zur Ausführung gekommen sind, zu organisiren. — Reisende, die eben aus dem Königreich Polen kommen, bestätigen die von den Zeitungen seit Wochen und Monaten gegebenen Nachrichten von großen Truppen-Bewegungen nach der Westgrenze, allein sie versichern zugleich, daß die Hauptsache nur hohler Lärm sei. Die Truppen werden unter veränderlichen Corps-Namen und unter stets wechselnden Zusammensetzungen hin und her getrieben, und die gläubige Dummheit geräth über eine Scheinzahl von 200,000 Mann in Erstaunen, die in Wirklichkeit kaum zum dritten Theile vorhanden ist.

— Die Russisch-Oesterreichischen Gedenkblätter, die, unter dem Titel „Erfurt", vor einiger Zeit erschienen und ein nicht gewöhnliches Aufsehen gemacht haben, sind in einer so eben bei A. W. Hayn erschienenen Brochüre mit „Preußischen Bemerkungen" begleitet worden. Die „Bemerkungen" scheinen aus der Feder eines Preußischen Offiziers geflossen. Die charakteristischen Eigenthümlichkeiten, die sich im Styl schriftstellernder Offiziere nie vermissen lassen, finden sich auch in dieser Schrift vor. Im Allgemeinen sind die „Bemerkungen" mehr zustimmend, als widerlegend. Die Einheit Deutschlands räth er nicht „am grünen Tisch", sondern auf dem Schlachtfelde herzustellen. — Vor dem Schwurgericht stand gestern der Lehrer Niendorf unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Er sollte dieselbe in verschiedenen seiner Gedichte, welche er unter dem Titel: „Gesänge aus Berlins Revolutionszeit", herausgegeben hatte, begangen haben, und wurde er, nach höchst interessanten Debatten Seitens der Staatsanwaltschaft und Vertheidigung, von den Geschwornen der Verletzung der Ehrfurcht gegen Se. Maj. den König für schuldig erachtet und zum Verlust der National-Kokarde und 6 Monaten Gefängniß vom Gerichtshofe verurtheilt, auch die Vernichtung der in Beschlag genommenen Exemplare der Gedichte ausgesprochen. — Der Kaiser von Rußland denkt allen Ernstes daran, eine kolossale Telegraphenverbindung herzustellen, die von Petersburg ausgeht, und in zwei großen Armen über Warschau sich einerseits über **Posen** bis Berlin und anderseits bis Wien erstreckt. Wir sagen noch einmal, daß dieser Plan mehr als eine bloße Idee ist; ja es sollen hier bereits Anfragen in Betreff der Ausführung und der Richtung der Linien geschehen sein. Welche Wichtigkeit die Ausführung dieses Planes bei den zunehmenden Einwirkungen Rußlands auf die Europäische Politik haben würde, liegt für Jeden auf der Hand.

Folgendes geistreich gefaßte, aber niedergeschlagende scharfe Urtheil über den Vereinstag zu Erfurt, entnommen einer Correspondenz der National-Zeitung, wollen wir, mit dem frommen Wunsch, daß es bald zu Schanden werde, unsern Lesern nicht vorenthalten:

Natürlich liest man in Erfurt möglichst viel Zeitungen. Was soll man auch anders thun, wenn das Parlament keine Sitzung hält, der betreffende Ausschuß, an dem gerade die Reihe ist, seine Berathung ohne bemerkenswerthes Resultat beendigt hat und draußen ein so heftiger Frühlingswind weht, daß man nicht zum „Steiger", dem Erfurter Belvedere, hinausgeben kann?! Man liest mit Ausdauer Zeitungen, man liest sogar die Kölnische Zeitung. Heute ist es mir gar ergötzlich mit dieser staatsmännischen Frau Gevatterin gegangen. In ihrem Leitartikel spricht sie von den Demokratisch-Constitutionellen, von deren Stellung zu dem Erfurter Projekte, stellt lange Betrachtungen an und kommt schließlich zu dem triumphirenden Satze: die Demokratisch-Constitutionellen würden sich ohne Zweifel zu einem Anschluß an die sogenannte deutsche Partei bequemen müssen und könnten dann, zu Gnaden wieder in die parlamentarische Carriere aufgenommen, eine recht passende (wahrscheinlich auch höchst nöthige) „Würze" in unserm öffentlichen Leben abgeben.

So etwas zu lesen, hier in Erfurt, dem Schauplatze der Unionsbestrebungen selbst! hier, wo nicht einmal der geringste politische Kannegießer mehr über das Schicksal der deutschen Union in Zweifel ist, wo man die welken Blätter dieser zierlichen Maienblüthe schon im Winde umherfliegen sieht — oh, es ist doch gar kläglich und lächerlich! Die arme Kölnerin. Gewiß hat sie kaum an dem langen, langen Lehrgedichte den letzten Faden mühsam abgesponnen, als ihr schon die neuesten Nachrichten aus Erfurt das tödtlich schwere Erkranken der Union melden und ihrem eigenen politischen Leben eine „Würze" zuführen, pikant zwar und gewiß höchlichst und dringendst nöthig, aber doch etwas zu beißend und scharf für altersschwache Seelen.

Revenons de nos moutons, und möge das harte Schicksal einer Erfurter Muße diesen Exkurs entschuldigen! — An hiesigen Neuigkeiten ist es ziemlich leer. Der Verwaltungsrath thut entweder nichts, oder thut es so heimlich, daß sich davon nichts an politisch-zugängliche Orte verliert; was es aus den Ausschüssen zu berichten giebt, wird Ihnen schon von anderer Seite her zugehen. Die Bahnhofspartei, die Linke, wird heute Abend über die von ihr einzuschlagende Politik einen entscheidenden Beschluß fassen; wenigstens wurde das in der gestrigen Vorberathung so festgesetzt. Es kann leicht der Fall sein, daß sich daran in allernächster Folge das Ausscheiden einer neuen Fraktion unter Bodelschwingh's Führung und im Bodelschwinghschen Sinne anknüpft. Bodelschwingh als Führer eines linken Centrums — kühne Seglerin Phantasie, streiche die Segel vor dem Gaukelspiel deutschen Geschichte! Zwar hat Herr v. Bodelschwingh gestern Abend der Fraktionssitzung noch mit einer dürftigen Entschuldigung über seinen Abfall im Verfassungsausschusse beigewohnt und die Erklärung abgegeben, er werde sich dem definitiven Beschlusse der Majorität unterordnen; allein — wie es in der Faust'schen Walpurgisnacht heißt:

— Der Frühling webt schon in den Birken
Und selbst die Fichte spürt ihn schon;
Sollt' er nicht auch auf meine Glieder wirken? —

und das wird der erfahrene Politiker Bodelschwingh schon Gewandtheit genug haben, der hiesigen politischen Walpurgisfeier anzupassen. Darauf sind auch tiefer eingeweihte Leute schon gefaßt.

Trier den 5. April. (Tr. Z.) Wie verlautet, hat das Militairgericht der 16. Division den Reichstags-Abgeordneten Ludwig Simon, Advokat und Landwehr-Offizier aus Trier, als Deserteur zu einer Geldstrafe von tausend Thaler in contumaciam verurtheilt, obgleich ein, von einem schweizerischen Professor der Medicin ausgestelltes und von der preußischen Gesandtschaft vidimirtes Attest über dessen gefährdeten Gesundheitszustand und die Unmöglichkeit seines Erscheinens eingegangen waren.

Münster, den 6. April. Heute Morgen begannen vor dem hiesigen Schwurgerichtshofe die Verhandlungen gegen **Temme** wegen seiner Theilnahme am Stuttgarter Rumpfparlament und dessen Beschlüssen. Schon früh hatte sich eine große Menge Menschen gesammelt, die der Eröffnung der Thüren harrte. Man hatte Einlaßkarten vertheilt, um dem Andrang und daraus entstehenden Störungen vorzubeugen, so wie Wachtposten an den Eingängen und im Gerichtslokal aufgestellt. — Die **Anklage** gegen Temme lautet: „sich des Hochverraths gegen den Deutschen Bund und respekt. den Preußischen Staat, eventuell der Landesverrätherei und der Einlassung in eine Verbindung, wodurch der Deutsche Bund und der Preuß. Staat in äußere Unsicherheit oder gefährliche Verwickelung hätte gerathen können, schuldig gemacht zu haben." Wir bemerken für heute nur, daß der Angeklagte selbst in einer $3\frac{1}{2}$ stündigen ruhigen Rede die Gründe der Anklage scharf beleuchtet, und zu widerlegen versucht hat. — Auf das Resultat, welches noch heute Abend erwartet wird, ist Alles gespannt und für den Fall der Freisprechung, die Niemand bezweifelt, werden bereits Anstalten zu festlicher Beglückwünschung Temme's getroffen.

— **Abends.** Der Appellationsgerichts-Direktor **Temme** ist so eben von der Jury **freigesprochen.**

Schleswig-Holstein, den 1. April. Es gehen sehr düstere Gerüchte durch das Land, und ich theile sie Ihnen nur mit unter dem Wunsche, daß sie als nicht begründet erscheinen mögen. Die Landes-Versammlung soll in ihrer letzten geheimen Sitzung am 30. März die von der Statthalterschaft gemachte Forderung für den Militair-Etat nur unter der Bedingung haben bewilligen wollen, wenn der Einmarsch der Armee in Schleswig sofort erfolge: dann wolle sie selbst das Doppelte herbeischaffen! Da das Ministerium natürlich so ohne Weiteres auf diese von der Linken gemachte Bedingung nicht hat eingehen können — aus begreiflichen Gründen —, so soll für dasselbe ein Mißtrauens-Votum erfolgt sein, dessen weitere Folgen nicht abzusehen sind. Von anderer Seite ist durch den Herzog von Augustenburg der Antrag gestellt worden, nochmals einen Versuch mit Vertrauensmännern zu machen, die sich nach Kopenhagen zur Vermittlung des Friedens zu begeben hätten; dieser Antrag aber ist gänzlich durchgefallen. Die ganze Angelegenheit ist in der letzten Sitzung vor dem Feste unerledigt geblieben und soll morgen wieder weiter verfolgt werden. Möge die Besonnenheit, welche bisher unsere Landes-Versammlung so sehr ausgezeichnet hat, auch ferner nicht von ihr weichen, damit es nicht am Ende doch noch zur wirklichen Revolution komme, von der wir bis jetzt hier nichts gewußt haben! Es ist jedoch das Schlimmste zu fürchten; denn wenn bisher die besonnene Rechte stets die Majorität gehabt hat, so sind alle in der letzten Zeit vorgekommenen Ersatz-Wahlen auf Demokraten gefallen, und erhalten diese fortan die Majorität, so geht das Land der allgemeinsten Revolution unfehlbar entgegen. Es ist wahr, mit beispielloser Geduld hat es bis jetzt alle Opfer getragen, die ihm ein zweijähriger Scheinkrieg und die dynastische Diplomatie auferlegt hat — mit blutendem Herzen sieht und fühlt man die Lage des Landes, dennoch aber kann man ihm in diesem Augenblicke nicht rathen, selbstständig loszubrechen; — denn zieht Preußen seine Offiziere zurück, so ist die Armee im entscheidenden Momente ihres Generals und ihrer höheren Befehlshaber beraubt: — was soll dann daraus werden? — Man spricht davon, es seien bereits Unterhandlungen mit einem andern General eröffnet, und Hunderte von Deutschen Offizieren anderer Regierungen würden herbeiströmen! Das ist alles recht schön und gut. Jeder aber, der den Krieg und seine Führung kennt, wird von dem tollen Beginnen abrathen, einen Feldzug gegen eine tüchtige, wohlgeschulte Armee, und eine solche ist die Dänische, mit einem fremden Ober-Feldherrn und neuen Offizieren, zusammengewürfelt aus den kleinen Duodez-Armeen Deutschlands, zu beginnen!

Kiel, den 30. März. Kürzlich ist auf Anlaß des Justiz-Departements eine Kommission des Obergerichts, bestehend aus den Räthen Nickels und Henrici, in Rendsburg eingetroffen, um die beiden Redakteure des „Volk" in Untersuchung zu ziehen. Dieses Blatt hatte vornehmlich den bekannten Aufsatz des Karl Heinzen abgedrukt, in welchem gegen den Prinzen von Preußen nicht nur Schmähreden geführt werden, sondern die Hoffnung seiner Ermordung ausgesprochen wird. Die Kommission hat die beiden Redakteure sofort verhaften lassen und erachtet eine Freilassung gegen Kaution nicht statthaft, weil sie in dem Abdrucke des Artikels eine indirekte Aufforderung zum Morde sieht. (Köln. Ztg.)

Frankfurt, den 3. April. Sie hören vielleicht heute Gerüchte aus Darmstadt, oder haben deren schon gehört, daß auch Hessen-Darmstadt sich anschicke, vom Bündnisse abzufallen. Genaues ist hier darüber nicht bekannt; doch das darf versichert werden, daß die Preußische Diplomatie in Frankfurt die Besorgniß jenes Abfalles vollkommen theilt. Man darf diese Gerüchte also nicht leicht nehmen. Das Personal der Oesterreichischen Gesandtschaft in Darmstadt ist in neuester Zeit durch einen Herrn v. Kübeck verstärkt.

München, den 3. April. Die Radowitz'sche Rede ist hier von tiefstem Eindrucke gewesen, von um so tieferem, je eifriger man die ministeriellen und preußenfeindlichen Organe bemüht sieht, an einzelnen Stellen derselben herumzumäkeln und das Ganze als bedeutungslos hinzustellen. Geschmerzt und verwundet hat sie natürlich vielfach, und namentlich die Stelle, wo von den „Höfen" die Rede ist, welche „seit dem Falle des Deutschen Kaiserreichs die Königstitel erworben haben", berührt gewisse Kreise empfindlich am Lebensnerv, weil dagegen weder abweisender Widerspruch, noch stichhaltige Entgegnung aufzufinden ist. Dagegen kann ich Ihnen versichern, daß diese Rede unter den unbefangenen Schichten des Publikums, deren Ansichten und Stimmungen freilich, außer durch den Nürnberger „Correspondenten", von keinem einzigen größeren Blatte Baierns ehrlich vertreten scheinen, ein lebhaftes Interesse für den Erfurter Reichstag und die von dort ausgehenden Gestaltungen Deutschlands hervorgerufen haben. Mit Absicht sage ich nur: Interesse, denn der sorgsam von allen Seiten gepflegten Abneigung gegen das unter Preußens Auspicien entstehende Werk sofort zu entsagen, wäre selbst einem rascheren, beweglicheren Naturel als dem Baierischen nicht möglich, wird aber hier fast zur Unmöglichkeit gemacht durch eine systematisch von der Kleinblatt-Literatur gepflegte Verwirrung aller politischen Begriffe und bei der gerade in den officiellen und sogenannten unparteiischen Blättern bis in die jammervollsten Kleinlichkeiten fortgesetzten Verdächtigung und Verläumdung jeder politischen Offenbarung Preußens und seiner Verbündeten. Es herrscht in einem großen Theile der vorzugsweise durch kleine, so genannte populäre Blätter wirkenden Tagesliteratur Baierns eine politische Demoralisation, deren Gleichen nach unseren Erfahrungen selbst die radikalste Presse des Jahres 1848 nicht geoffenbart hat. Dort war doch im Hintergrunde — oder man stellte sich wenigstens so an — ein großartiger Gedanke, es lag in dem ganzen Behaben eine gewisse Konsequenz. Hier aber von dem allem keine Spur. Der einzige Grundgedanke ist Vernichtung jeder großartigeren Auffassung und gerechteren Beurtheilung alles dessen, was nach einer praktischen Gestaltung der Deutschen Verhältnisse abzielt. Daher das so häufige Zusammengehen der falschen Demokratie und derjenigen Parteien, welchen liberale Konservation auf den Lippen, Reaktion auf politischem wie kirchlichem Gebiete im Herzen sitzt. Daher z. B. neulich der einstimmige Jubel dieser Extreme über die Würtembergische Thronrede. Jetzt freilich ist jener Parteijubel verstummt, und es nimmt sich kläglich genug aus, wenn ihre Vorfechter in der „Allgemeinen" oder „Neuen Münchener Zeitung" für Preußen einen Vorwurf aus der Abberufung seiner Gesandtschaft wegen „Kundgebung einer Meinungs-Verschiedenheit" machen, bei welcher ja „der König von Preußen nicht einmal genannt sei". Dagegen sind es ganz dieselben Blätter, welche es zum schwersten Vorwurf erheben, wenn Hr. v. Radowitz in seiner Rede sagte: „Allerdings haben wir noch in jüngster Zeit Worte des gehässigsten Angriffs auf diese Vorschläge vernehmen müssen, Worte, die an der Stelle, wo sie ausgesprochen wurden, eben so schwer zu begreifen als zu rechtfertigen sind." Gerade dieselben Stimmen, welche die Würtembergische Thronrede darum loben, weil sie „stark" sei und man jetzt stark sprechen müsse, um verstanden zu werden, tadeln es aufs herbste, daß Herr v. Radowitz an den rheinbündlerischen Ursprung der Königstitel der drei Kontrahenten vom 27. Febr. erinnerte. Die „Allgemeine Zeitung", welche durchaus nichts dagegen einzuwenden hat, sondern es vielmehr natürlich findet, daß die Oesterreichische Zustimmung zur Münchner Uebereinkunft ausdrücklich die Voraussetzung macht, daß die Grundrechte nicht verstanden seien unter denjenigen „Rechten, welche den Angehörigen aller Bundesstaaten zugesichert sind", meint jetzt, daß diese Anmuthung geradezu einer Aufhebung der ganzen Verfassung gleichkomme, und rechnet nach Standesunterschieden der Abgeordneten aus, daß bei der Revision mit einfacher Mehrheit das spezifische Preußenthum siegen müsse. Wir verkennen unsererseits die Gefahren nicht, verkennen auch nicht, daß, wenn jene Nachricht sich so blank und glatt bewahrheiten sollte, wie sie gegeben ist, der Union in der öffentlichen Meinung ein gleicher Schlag bevorstehe, als zur Zeit der Königlichen Botschaft vom 7. Januar. Aber wunderbar muß es erscheinen, daß auch die „Neue Münchener Zeitung" denselben Ton anhebt, während ihre Vertheidigungen des Februar-Bündnisses die Aufhebung der Grundrechte als eine Conditio

sine qua non behandelt. Indessen ist solche Konsequenz der Inkonsequenz nicht eben neu. Dasselbe Blatt, und eben so offiziöse Artikelchen der „N. Nachrichten" ließen es nicht an verächtlichen Seitenblicken auf die Erschaffung einer theilweisen Pairskammer in Preußen fehlen, indem sie Wunderdinge für die Umgestaltung der Bairischen, durchaus erblichen Reichsrathskammer verhießen. Jetzt erfährt man, worin diese Wunderdinge bei dem diesfallsigen Gesetz-Entwurfe bestehen, welcher den Kammern nach den Ferien vorgelegt werden soll. Die bisherigen erblichen und lebenslänglichen Mitglieder der Reichsrathskammer bleiben erblich und lebenslänglich, nur wird ihnen durch Wahl noch eine kleine Minderzahl weiterer Mitglieder beigefügt.

Sigmaringen den 5. April. Am 3. d. M. ist Herr v. Spiegel hier angekommen, um morgen das Fürstenthum im Namen des Königs von Preußen zu übernehmen. Um 6 Uhr in der Frühe ist Reveille mit Kanonendonner, um 8 Uhr Läuten mit allen Glocken, um 10 Uhr feierlicher Gottesdienst in der Stadtpfarrkirche. Von hier aus bewegt sich der Zug auf das Schloß, wo der Fürst das Land förmlich abtreten wird. Zugleich wird Herr v. Spiegel die Beamten des Landes so wie das Militair auf die preußische Verfassung beeidigen und dem Könige von Preußen Treue schwören lassen. Freiherr von Stillfried, der Vice-Oberceremonienmeister des Königs, ist dahier angekommen und hat dem Fürsten die Urkunde über die Verleihung des Prädikates Hoheit und der Eigenschaft eines nachgeborenen Prinzen des königl. Hauses überreicht.

Oesterreich.

Wien, den 31. März. (Köln. Ztg.) Die neuen Gerichte sollen ihre Thätigkeit jetzt erst am 1. Juli beginnen; die Schwurgerichte können nicht eher eingerichtet werden, als bis die Gemeindeordnung eingeführt ist. Man beräth augenblicklich die von Prag; sie soll nur, wo es durchaus durch örtliche Verhältnisse geboten wird, von der Wiener Stadtverfassung abweichen. Die Judengemeinde, welche bis jetzt so zu sagen eine Stadt in der Stadt bildete und ihr eigenes Rathhaus hatte, wird der übrigen Bürgerschaft einverleibt. Das Ministerium entwickelt eine wahrhaft staunenswerthe gesetzgeberische Thätigkeit. Aber man sehnt sich sehr, endlich doch auch die Früchte von all diesen neuen Gesetzen zu kosten, nur nicht die Früchte von den neuen Steuern, die man gern wie Mispeln am Baume ließe, bis sie verfaulen. — Der „Lloyd" ist der Meinung, daß sich die bedeutenderen Fürsten vom Mai-Bündnisse zurückziehen würden. Die etwa übrig bleibenden kleinen hat er längst großmüthiger Weise an Preußen geschenkt. — D. Ludwig Gaj, Redakteur der „Nar. Nov.", hat sich Behufs der Errichtung einer allgemeinen slawischen Buchhandlung bereits mit den vorzüglichsten Buchhändlern des Auslandes in Verbindung gesetzt.

— Aus Troppau wird den „Mor. Nov." gemeldet, daß bei dem dortigen Magistrate die Anfrage geschah, ob bei dem Mangel an österreichischen Juristen nicht preußische Juristen in österreichische Dienste treten können und unter welchen Bedingungen. „Wenn sich auch Oesterreich im Fache der Philologie von Preußen unter die Arme greifen ließ," bemerkt hierzu das „Const. Bl. a. B.", „im Fache der Rechtswissenschaft kommt es mit den eigenen Kräften auf."

— Bei der vorgestern im gräfl. Palffy'schen Salon stattgefundenen dramatisch-musikalischen Produktion floßen den beiden Humanitätsanstalten, denen das Erträgniß gewidmet war, bloß aus den 300 Sperrsitzen Dreitausend Fl. C. M. zu. Bemerkenswerth ist, daß das Arrangement und die Umstaltung des Saales zu einem Theater mit einer Gallerie überaus geschmackvoll war und durch Pracht und Bequemlichkeit sich gleich auszeichnete. Die erste Anregung zu diesem Unternehmen ging von zwei Damen aus.

Schweiz.

Bern, den 1. April. Der Bundesrath scheint in Folge der stattgefundenen Untersuchung in Betreff des Kongresses der Deutschen Arbeiter in Murten bereits Beschlüsse gefaßt zu haben; wenigstens hat der hiesige Justiz-Direktor vom Regierungsrathe die Ermächtigung erhalten, die in dieser Hinsicht vom Bundesrathe getroffenen Anordnungen (Ausweisungen) in Vollziehung zu setzen. Aus der Untersuchung soll sich durch aufgefundene Papiere ergeben haben, daß mehrere dieser Arbeitervereine mit Demokraten-Vereinen in Deutschland conspirirt haben, um einen neuen Einfall in Baden vorzubereiten. (D. Z.)

Bern, den 4. April. (Eidg. Ztg.) In der Mittheilung von Auszügen aus dem Bericht des Bundesrathes über die deutschen Arbeitervereine fortfahrend, geben wir heute ein Müsterchen eines Briefes: „Ein deutscher Flüchtling, der unter falschem Namen sich in der Schweiz aufhielt und unter Hinterlegung eines falschen Wanderbuchs Mitglied des Arbeitervereins zu Lausanne war, berichtete an seine Verwandten und Freunde in der Heimath unter Anderem Folgendes: „„Ich will Euch etwas von Politik schreiben, und zwar möchte ich recht viel schreiben, aber ich kann und darf nicht. Ich bin Mitglied einer Gesellschaft, und Ihr werdet Euch wundern, wenn ich Euch den Namen sage: Jesuitenverein; aber kein geistlicher, sondern ein demokratischer. (!) Es stehen Männer an der Spitze, die das Vertrauen des Volkes genießen, auch derjenigen, die mitunter blos Zeitungen lesen. Bleibt fest bei einander und zersplittert die demokratischen Kräfte nicht in verschiedene Parteien, und wenn es noch einmal im Westen kracht, dann steht Mann für Mann auf und macht den Schritt über die letzte Stufe zum Throne. Wir werden Wache halten mit der Guillotine, damit die Schurken in kein anderes Asyl mehr kommen, als in die Erde, oder in der freien Luft am Galgen. Ich will diesen letzten Tanz noch einmal mittanzen; ist das deutsche Volk aber wieder so unentschlossen als im vorigen Jahre, nun dann mag es sich knechten und treten lassen von dem Hofgeschmeiß. Etwas will ich Euch mittheilen von dem B., daß Ihr nicht wieder Vertreter wählt, sondern Eure Gesetze auf den Barrikaden diktirt. Sollte es verunglücken, nun dann soll die Welt ein Freudenfeuer erleben, wie noch keines dagewesen ist. Ueber die Politik des Bundesrathes der Schweiz werdet Ihr wohl schon Berichte gelesen haben. Badisches Militair ist bald keines mehr da und ist alles ausgewiesen worden. Engelmann hätte das Loos vielleicht auch getroffen, wenn der Bundesrath wüßte, wo er wäre. Schlöffel, Techow und mehrere Preußische Offiziere und Andere, 32 an der Zahl, die gravirtesten Führer, sind alle ausgewiesen worden. Leider hat die Schweiz aber zu radikale Bürger, wo dieselben ohne Erlaubniß des Bundesrathes ein Asyl haben, so auch Mazzini. Dem Willich geht es in England sehr schlecht, der wird sich aber rächen. Von übrig gebliebenen Flüchtlingen, die wir jetzt in der Schweiz noch sind, werden bei Ausbruch einer Revolution die republikanische Garde bilden, um die Regierung zu schützen oder zu stürzen, nachdem sie sich nun verhalten wird. Zum Frühjahr giebt es wieder was zu thun, denn wir haben von den Arbeitern in Frankreich genaue Berichte, und sollten die Sozialisten gewinnen, nun dann mögen sie sich ein anderes Paris und Lyon bauen."" In einem anderen Briefe schrieb der Nämliche nach Hause: „„Was Eure Neugierde über den Verein betrifft, kann ich nicht befriedigen. Verrath wird mit dem Tode bestraft; was für Mitglieder dabei sind, weiß ich nicht; es kommen sehr wenig zusammen."" Ob dieses Alles Phantasie-Gebilde seien, wie der Deponent in Anerkennung der Echtheit der Briefe im Verhör darzustellen versuchte, oder ob er wirklich Mitglied einer geheimeren, die Arbeiter-Vereine dominirenden Verbindung sei, mag für unseren Zweck und bei dem voraussichtlichen geringen Erfolg einer weiteren Untersuchung dahingestellt bleiben." Ueber den Bestand der Vereine, so weit derselbe aus den Akten hervorgeht, giebt der Bundesrath folgende statistische Angaben: „Genf hat 89 Mitglieder nach seiner Erklärung im Dezember 1849. Lausanne hat circa 30 Mitglieder nach der Deposition des Präsidenten. Vivis hat 6 Mitglieder nach der Deposition des Präsidenten. La Cheaux-de-Fonds hat 112 Mitglieder nach der Deposition des Sekretärs. Locle hat 40 Mitglieder nach dem Bericht des Vereins in Genf. Fleurier hat 11 Mitglieder nach der Deposition des Sekretärs. Freiburg hat 12 Mitglieder nach dem Bericht des Vereins in Genf. Bern hat 36 Mitglieder nach dem Verzeichniß. Pruntrut hat 12 Mitglieder nach den Angaben von Mitgliedern. St. Imier? Burgdorf hat 12 Mitglieder nach dem amtlichen Berichte. Thun hat 15 Mitglieder nach dem amtlichen Berichte. Basel hat 62 Mitglieder nach dem amtlichen Berichte. Zürich hat circa 50 Mitglieder nach der Deposition des Präsidenten. Winterthur hat circa 40 Mitglieder nach der Deposition des Aktuars. Schaffhausen hat circa 30 Mitglieder nach der Angabe des Präsidenten. Aarau hat 40 Mitglieder nach dem Verzeichniß bei den Akten. Luzern hat 30 Mitglieder nach der Angabe des Präsidenten. Glarus hat 18 Mitglieder laut Verzeichniß bei den Akten. Chur hat 101 Mitglieder nach dem amtlichen Berichte. Herisau hat 25 Mitglieder nach dem Bericht des Vereins von Genf. Bringen wir nun die fünf letzten Vereine als nicht affiliirte in Abrechnung, so bleiben für die übrigen ungefähr 560 Mitglieder. Unter denselben befinden sich auch einzelne Schweizer, aber verhältnißmäßig sehr wenige, und in den Vereinen, wo deren mehrere sind, haben dieselben sichtlich diesem Treiben entgegengewirkt."

Genf, den 31. März. Das Comité des Völkerbundes (Rössinger, Hananer und Galeer) hat hier eine Lotterie zur Unterstützung der Europäischen Demokratie errichtet.

Frankreich.

Paris, den 5. April. (Köln. Ztg.) Changarnier soll häufig die Salons der Fürstin Lieven besuchen und dort der vertraute Freund Guizot's geworden, L. Napoleon aber über dieses Verhältniß etwas unzufrieden sein. — Das am 1. Sept. in Wirksamkeit tretende Unterrichtsgesetz wird wahrscheinlich auf viele Schwierigkeiten stoßen. Mehrere Bischöfe haben schon erklärt, sich an der Wahl der vier geistlichen Mitglieder des obersten Unterrichtsraths nicht betheiligen zu wollen. Diese Behörde ist aber der Grundstein des ganzen Gesetzes, und sie kann ohne Mitwirkung der Bischöfe nicht zu Stande kommen. — Die angeblichen Soldaten-Excesse zu Limoges waren sehr geringfügig und ohne weitere Folge; den Anlaß gab die Absendung einiger demokratischen Militärs nach Afrika wegen Wahlagitation.

— Für die heutige Sitzung der National-Versammlung steht die Fortsetzung der Berathung des Deportations-Gesetzes an, und Victor Hugo nimmt gegen dasselbe das Wort. Er sagt: „Es gab einen Tag in der Februar-Revolution, der seines Gleichen in der Geschichte sucht. Dies war der Tag, wo die Volksstimme durch den Mund der provisorischen Regierung die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen aussprach. Die constituirende Versammlung hat dieselbe an die Spitze der Verfassung eingeschrieben und dadurch die Abschaffung der Todesstrafe überhaupt angebahnt. Dieser Eroberung der Civilisation sollen wir heute entsagen. Denn wissen Sie, wie das Volksgefühl — und das Volksgefühl täuscht sich nicht — das Deportations-Gesetz schon übersetzt hat? „Die Todesstrafe in politischen Dingen ist wieder hergestellt." Das Klima der Marquisen-Inseln mit seiner Bösartigkeit, die Verbannung mit ihrer Entmuthigung, das Gefängniß mit seiner Verzweiflung — ist dies nicht, was Sie auch sagen mögen, die Wiederherstellung der Todesstrafe? Sie sprechen von der Nothwendigkeit der Deportation zur Vertheidigung der Gesellschaft gegen gefährliche Angriffe. Auch ich verdamme die Gewalt unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts, dessen Verletzung allein das Recht zum Aufstande heiligen würde. Allein nicht alles, was heute Verbrechen heißt, wird es immer heißen. Marschall Ney, der 1815 ein Verbrecher, ist heut zu Tage ein Heros! (Bewegung und Protestation auf der Rechten.) Der Redner kommt nun auf die den Deportirten bereitete Lage zurück, die er mit den glühendsten Farben schildert. „Ihr wollt, was man nie gethan hat, die Gefangenschaft noch zur Verbannung hinzufügen; Ihr wollt aus der Buße ein Märtyrthum, aus der Gerechtigkeit einen Mord machen! Ihr Männer der Religion, die Ihr in dieser Versammlung sitzt, kommt her auf die Tribüne und sagt Euren Collegen, daß nicht Grausamkeit, sondern Milde, nicht Zwang, sondern brüderliche Liebe das Volk zum Guten führen werden. Man führt die „Staatsgründe" für die vorgeschlagene Maaßregel an. Ist nicht die Guillotine Marat's, der Galgen Haynau's auch aus „Staatsgründen" aufgerichtet worden? Ich will Euer Deportations-Gesetz so wenig als die Guillotine und den Galgen. Ich zaudere nicht zwischen dem jungfräulichen Gewissen und den sich aller Welt prostituirenden Staatsgründen. Und wissen Sie denn recht, für wen Sie dieses Gesetz machen? (Eine Stimme rechts: „Sie wollen die Furcht ausbeuten!") Ich erinnere blos an die Wechselfälle während der sechszig Jahre von Revolutionen, die wir erlebt haben. Hätte nicht, wenn die Ereignisse anders gekommen wären, Karl X. über Herrn Thiers, Louis Philipp über Herrn Odilon Barrot die Deportation verhängen können? (Odilon Barrot protestirt heftig von seinem Platze aus: „Ich bin stolz darauf, nie gegen eine Regierung conspirirt zu haben. Ich habe die Verfassung des Landes bis zuletzt vertheidigt.") Lassen Sie uns, ich beschwöre Sie, für unsere Gegner nicht Abgründe von Elend graben, in die wir vielleicht selbst hinein fallen werden. Ich votire gegen das Gesetz! — Eine längere Unterbrechung folgt dieser Rede, die zum öfteren das unzweideutige Mißfallen der Majorität erregt. Der Justiz-Minister Rouher hält das Gesetz für nöthig, um die Gesellschaft und die Civilisation zu vertheidigen. Er versichert, daß er in sein Gewissen hinabgestiegen sei, um sich zu fragen, ob die Regierung mit dem Deportations-Gesetze wirklich die Gräuel der Bartholomäus-Nacht und der Schreckenszeit von 1793 zurückrufen wolle, und daß er sich sagen könne, daß dieses nicht der Fall sei, wofür auch schon der Name des ersten Urhebers des Gesetzes (Odilon Barrot) bürge. Der Minister tadelt hierauf Victor Hugo, daß er sich an das unedelste Gefühl, an die Furcht, gewandt habe, um das Gesetz zu bekämpfen, und giebt zu verstehen, daß die Gegenpartei, wenn sie siegen sollte, sich mit Maaßregeln, wie die Deportation, nicht begnügen würde. Er schildert Diejenigen, die das Gesetz allein treffen werde, als die Leute, welche die Gesetze frech angegriffen, die Generale des Vaterlandes ermordet, die Soldaten decimirt und die Trauer in die Familien getragen haben, und weist die Unzulänglichkeit der bloßen Haft auf dem Continente nach, über die man sich lustig mache, bei der keine Reue möglich sei, und die im Gegentheile zur Anschürung neuer Aufstände benützt werde. Auf die Unterbrechung von der Linken her: „Und Straßburg? Boulogne?", entgegnet Rouher, daß Louis Napoleon Bonaparte auch verurtheilt und bestraft worden sei, und daß er selbst seine Reue über jene Unternehmen ausgesprochen habe. Der Minister empfängt bei'm Herabsteigen von der Tribune die Beifallsbezeugungen vieler Mitglieder der Majorität. Emanuel Arago liest als Kritik des Deportations-Gesetzes eine auf den Gegenstand passende Rede Odilon Barrot's aus dem Jahre 1835 vor, und bekämpft die ganze Maaßregel hierauf selbst mit Energie. Der Admiral Dupetit Thouars kommt der Regierung zu Hülfe mit der aus eigener Anschauung geschöpften Erfahrung, daß das Klima der Marquisen sehr gesund, die Wärme gewöhnlich 20° R., selten nur 30° R., und durch die Passatwinde fortwährend gemildert sei. Die Debatte wird hierauf geschlossen und über die Zulassung des Gesetzes zur zweiten Berathung namentlich abgestimmt. Es ergeben sich dafür 431, dagegen 217 Stimmen; sie wird also mit großer Majorität genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Großbritanien und Irland.

London den 4. April. Tag und Nacht wird mit dem größten Eifer daran gearbeitet, die zur Aufsuchung Sir John Franklin's bestimmte Expedition für den 24. April segelfertig zu machen. Die Ausrüstung der beiden Dampfer schreitet sehr fort. Man erwartet zuversichtlich, daß das kleine Geschwader in der ersten Woche des Monats Mai die Shetlands-Inseln erreichen wird. — Der Lord-Mayor gab gestern im Mansion-House sein herkömmliches großes Oster-Banket. Die Zahl der Gäste betrug 350. Der französische und der amerikanische Gesandte befanden sich unter den Anwesenden und waren neben dem Lord-Mayor die Hauptredner. Während der vorigen Woche haben in Pontefract, Romford und Chertsey Protectionisten-Meetings stattgefunden, bei welchen es sehr lärmend herging.

Locales ꝛc.

χ Bromberg, den 6. April. Gestern früh um 9 Uhr hatten sich sämmtliche Beamte der hiesigen Regierung in dem großen Saale des Regierungsgebäudes versammelt, um die Verfassung zu beschwören. Der Herr Präsident v. Schleinitz, welcher seit etwa 14 Tagen hier ist, sprach über die Wichtigkeit und Bedeutung des Aktes und forderte dann zunächst den Protokollführer, einen der Regierungs-Sekretaire, zum Schwur auf; dann folgten die Ober-Regierungsräthe, die Räthe, die Sekretaire, die Kassen- und Kanzleibeamten und zuletzt die Boten. Einige Tage vorher war dem Präsidenten von den bei der Regierung fungirenden Räthen ein Diner gegeben worden, bei welchem sich die Leutseligkeit des neuen Chefs in einer erfreulichen Weise zeigte. Auch die übrigen Beamten hatten sich an diesem Tage büreauweise zusammengethan, um die Ankunft des neuen Vorgesetzten zu feiern, und es machte sich bei diesen Festen allgemein die Ansicht geltend, daß hier ein so humaner Präsident kaum bis jetzt an der Spitze gestanden habe. Namentlich aber sind es die niedern Beamten, welche bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden waren, und welche auf ihn große Hoffnungen setzen. Unter Anderm erzählt man Folgendes: Ein Kanzleibeamter, welcher sich durch Fleiß und eine schöne Handschrift stets vortheilhaft ausgezeichnet hatte und welcher auch zum Anerkenntniß seiner trefflichen Leistungen durch das allgemeine Ehrenzeichen dekorirt worden ist, kam bei dem Herrn Präsidenten um ein Attest über seine Führung und Leistungen ein, da sich ihm die Aussicht eröffnet hatte, bei dem hiesigen Appellationsgerichte mit höherem Gehalte angestellt zu werden. Als der Präsident seine Eingabe erhielt, ließ er ihn rufen und versicherte ihm, er solle bei der Regierung in Kurzem dasselbe Gehalt bekommen, wenn er bleiben wolle, da solche Fähigkeiten und solcher Fleiß eine Anerkennung verdienten. Heute ist der Herr Präsident wieder nach Berlin gereist, um auch seine Familie hierher zu holen; das Regierungs-Präsidial-Gebäude, welches zur Wohnung für den jedesmaligen Präsidenten bestimmt ist, ist bereits zu seiner Aufnahme eingerichtet worden.

+ Inowraclaw, den 8. April. Außer dem Durchmarsche von circa 40 Wehrmännern 4. Regts., die nach Graudenz bestimmt waren, und dem Todesfalle eines kathol. Geistlichen, dessen Beerdigung mit großem Grabgeleit vor sich ging, fiel hier in letzter Zeit nichts vor. Der kathol. Kanonikus aus Labischin, welcher ersucht wurde, seinem hier verstorbenen Kollegen die Leichenrede zu halten, lag, als die Nachricht bei ihm eintraf, auch auf dem Sterbebette und ist bereits in die Ewigkeit abgegangen. Ebenso sollen die beiden kathol. Geistlichen in Schubin und Nakel todtkrank darnieder liegen. — Durch Labischin marschirte vor einigen Tagen auch eine Compagnie 4. Landwehr-Regiments, angeblich nach Danzig.

σ Zur Chronik Posens. (Fortsetzung.)

Die Allerheiligen-Kirche stand auf der Vorstadt Gaski hinter der Stadtpforte (heute das finstere Thor) und war seit jeher eine Kollegiatkirche. Beim Einfalle der Schweden wurde sie hart mitgenommen. Ueber die Zeit ihrer Erbauung fehlen bestimmte Angaben; nur soviel ist gewiß, daß, als 1570 die Kirche St. Stanislaus den Jesuiten übergeben wurde, das Kollegium der Kanoniker und der Bettelmönche in die Allerheiligenkirche übersiedelten; ausgebauet wurde sie 1604. Als sie im Schwedenkriege der Erde gleich gemacht wurde, gingen alle Einkünfte und Beneficien derselben an die Maria-Magdal.-Kirche über. An der Stelle aber, wo früher die Allerheil.-Kirche stand, erbaueten die Jesuiten aus Fundation der Barbara Keller zu Anfange des 18. Jahrh. eine massive Kapelle, die erst in der neuesten Zeit einem Schulgebäude Platz machte. In dieser Kirche wurde lange Zeit Deutscher Gottesdienst gehalten.

Die Parochialkirche der heil. Margarethe, auf der Schródka stehend, ist vielleicht eine der ältesten in Posen; sie gehörte früher den Dominikanern; als diese aber am linken Wartheufer ihren Sitz aufschlugen (1244), wurde sie Parochialkirche; später wurde um sie herum von den Philippinern ein kleines Kloster angelegt. Zu dieser Parochie gehörten die Vorstädte Schródka, Ostrowek, Zawady. Die Dotation bestand in Procenten von verschiedenen Summen und dem Zehnt von den Dörfern Usarzewo und Jasiń. In dieser Kirche befinden sich 2 einfache Denkmäler und verschiedene alterthümliche Bildnisse merkwürdiger Personen.

Die Kollegialkirche des heil. Nikolaus. Diese stand noch vor einigen Jahren um die Curien der Kanoniker auf der Zagórze; sie war ursprünglich von Holz erbaut und wurde durch die Feuersbrunst

von 1463 niedergebrannt; kurz darauf wurde sie, aus Ziegeln erbauet, reichlich dotirt und erhielt 1 Probst, 6 Kanoniker und eine Menge Altaristen; sie war ehemals sehr reich, verlor aber im Schwedenkriege große Summen und war seitdem arm. In ihr waren eine Menge Grabmäler und Familiengrüfte einiger vermögenderen Bewohner der Walischei. Das Patronatsrecht stand dem Collegium des Vicariats an der Kathedrale zu, welches aus seiner Mitte den Aeltesten zum Probst erwählte. Zur Parochie gehörte die Walischei und später die Vorstadt Piotrowo.

Die Kollegiatkirche der heil. Jungfrau Maria, welche noch jetzt der Kathedrale gegenübersteht, existirte gewiß schon im 14. Jahrh., muß jedoch früher von Holz gewesen sein, denn die Kapitel-Akten erwähnen, daß sie später um 1433 massiv erbauet wurde. Nach 150 Jahren drohete sie indessen den Einsturz, wurde reparirt und ist das einzige alte Gebäude in Posen, welches seine innere und äußere Gestalt aus dem 15. Jahrh. bewahrt hat. Außerhalb dieser Kirche befindet sich im Fundamente ein großer Sandstein, an welchem das Polnische Heer und die Mannschaften der Posener Wojewodschaft ihre Säbel schliffen, wenn sie in den Krieg zogen. Anfänglich fungirten an der Kirche nur 4 Kanoniker, seit 1695 aber 3 Prälaten und 16 Kanoniker, außer den Altaristen. Die Einkünfte der Geistlichkeit bestanden in verschiedenen Summen, welche auf Häuser in Posen und auf Landgüter eingetragen waren. (Fortsetzung folgt.)

Musterung polnischer Zeitungen.

Der Dziennik bringt in No. 80. aus Berlin folgende Nachricht: „Einige katholische Bischöfe haben denjenigen Geistlichen, welche zugleich öffentliche Aemter bekleiden, die Weisung gegeben, daß sie den Eid auf die Constitution nur mit dem Vorbehalt zu leisten haben, daß dadurch den kirchlichen Gesetzen keine Beeinträchtigung geschehe (salvis ecclesiae juribus). Der Minister der geistl. Angel. hat in Folge dessen an alle Ober-Präsidenten unterm 29. v. Mts. ein Cirkular erlassen, worin er sagt, daß die Regierung nicht zugeben könne, daß der Eid auf die Constitution mit irgend einer Einschränkung geleistet werde, und darum die Ober-Präsidenten auffordert, daß sie alle Beamten, welche nur mit obigem Vorbehalte den Eid leisten wollen, dahin belehren sollen, daß solche Modifikationen nicht erlaubt seien. Falls diese Belehrung erfolglos bleibe, sollen die Ober-Präsidenten solche Beamten anfragen, ob sie in ihrem Gewissen die geistlichen Pflichten mit ihren Pflichten als Staatsbeamte vereinigen können. Wird dies verneint, so sind sie aufzufordern, ihr Civil-Amt sofort niederzulegen, und im Falle sie sich dem widersetzen, sollen sie ohne Verzug in ihrem Amte suspendirt und zur Disciplinar-Untersuchung gezogen werden. Wenn sie aber den Eid in der gewöhnlichen Form leisten, so soll jener bischöfliche Vorbehalt nicht zu Protokoll genommen, sondern vielmehr bemerkt werden, daß derselbe für Staatsbeamte keine Bedeutung habe.

Theater.

Am Sonnabend wird, wie wir hören, zum Benefiz des Herrn Heine und Fräul. Jonisch, das beliebte Benedixsche Preisstück: „Doktor Wespe" und eine neue komische Oper: „Der kleine Matrose", Musik von Gaveaux, welche nach Aussage der darin beschäftigten Personen, höchst ergötzlich und mit angenehmen Melodien ausgestattet sein soll, zur Aufführung kommen.

Wir können nur wünschen, daß ein so fleißiger, strebsamer Schauspieler, wie Herr Heine, der stets bemüht ist, den schweren Anforderungen der Kunst nach Kräften zu genügen, seinen Eifer, der während der Zeit seines Hierseins so unendlich in Anspruch genommen worden, durch zahlreichen Besuch belohnt sehen. Leider waren die Opernverhältnisse in der letzten Zeit bei uns nicht geeignet, Fräulein Jonisch in ihrer eigentlichen Sphäre zu hören, wir mußten uns mit kleinen Vaudevilles begnügen, und gestehen, daß die Dame auch darin sich stets die Zuneigung des Publikums gewann, und so werden wir denn sie als „kleinen Matrosen freundlich willkommen heißen.

Hieran knüpfen wir die Bemerkung, daß die gestern zum Benefiz des Herrn Pfuntner gegebene Wiener Posse: „Geld, Geld, Geld!" zwar eine sehr leichte Waare und von Uebertreibungen und Unwahrscheinlichkeiten wimmelnd, doch dem zahlreich versammelten Publikum einen sehr heitern Abend gewährte. Gespielt wurde namentlich von Herrn Schunke und Pfuntner mit vielem Humor. Die übrigen Rollen sind zu unbedeutend, um neben denen des Herrn v. Rumpler und Chrisostomus Tratschberger, als den Trägern des ganzen Stücks, erwähnt zu werden; doch griff das Zusammenspiel aller Mitwirkenden gut in einander, so daß die Zuschauer sich sehr befriedigt zeigten. Zum Schluß wurde Herr Schunke und Herr Pfuntner gerufen. Sehr tadeln müssen wir übrigens wieder einmal die unverantwortlich langen Zwischenakte, und, falls dieselben nicht abzukürzen sind, wenigstens darauf bestehen, daß dieselben durch gute Musik vollständig ausgefüllt werden. In Stücken, worin nicht einmal Couplets sind, ist das Orchester ja nur zur Ausfüllung der Zwischenakte da, und müßte es ihm Ehrensache sein, diese zur Zufriedenheit des Publikums zu bewirken.

Litteratur.

Bei Gebr. Scherk hier sind kürzlich erschienen: „Bestimmungen über die Geldverpflegung der Königl. Preußischen Truppen im Frieden, incl. Reise- und Vorspannkosten, so wie über Servis und Einquartierung, zusammengetragen von Müller, Lieut. und Rechnungsführer des 5. Artill.-Regts." So viel wir wissen, existiren derartige Zusammenstellungen der auf die Verpflegung der Truppen rc. hinzielenden Bestimmungen schon mehrere; da dieselben jedoch, besonders in letzter Zeit, einer immerwährenden Aenderung, namentlich in Folge der Eisenbahnen und der politischen Ereignisse unterworfen gewesen sind, so ist es durchaus nothwendig, derartige Werke entweder von Zeit zu Zeit umzuarbeiten, oder an ihre Stelle neue zu setzen. Das vorliegende Buch enthält nun alle über diese Zweige der Verpflegung bis zum Dezember pr. erlassenen Bestimmungen auf eine höchst übersichtliche Weise zusammengestellt, indem noch Erläuterungen an Beispielen häufig jeden etwaigen Zweifel heben.

Zunächst zwar für die Artillerie bestimmt, ist es ein fast unentbehrliches Handbuch für jeden Rechnungsführer aller Truppengattungen, aber eben so willkommen wird es dem Kompagnie- und Eskadrons-Chef, ja dem sich auf Kommando befindlichen Offizier sein, um in verwickelten und schwierigen Fällen sich Rath zu erholen.

Das Buch selbst zerfällt in zwei Haupttheile: 1) Geldverpflegung im Frieden, 2) Servis- und Einquartierungs-Angelegenheiten. Durch eine scharfe Scheidung der verschiedenen Gehälter und der oft darin liegenden Zulagen und anderen Competenzen gewinnt dieser Abschnitt an einer großen Klarheit und Uebersichtlichkeit. — Ebenso verständlich ist die Servis-Angelegenheit behandelt. Besonders willkommen aber werden die dem Schluß beigefügten Schemata zu den Verpflegungs-Rapporten und Liquidationen rc. sein.

In jeder Beziehung können wir daher das vorliegende Buch empfehlen, der Besitz desselben wird gewiß einen Jeden vom Fach befriedigen.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 10. April.

Bazar: Pächter Tesko a. Tarnowo; Bürger Otocki a. Neapel; die Gutsb. Grabowski a. Lukowo; Szaniecki a. Brody; Zakrzewski a. Osiek u Zadowski a. Choczica; Kassirer Berendes a. Brody; Kfm. Janowski a. Gnesen.

Hôtel de Bavière: Die Gutsb. Baranowski a. Chociszewice; v. Sikorski a. Krostkowo u. v. Breza a. Jankowice; Partik v. Szczaniecki a. Jankowice; Frau Gutsb. v. Rozanaka a. Padniewo; Schneidermeister Bernau a. Breslau.

Lauk's Hôtel de Rome: Oberamtmann Hildebrandt a. Dakow.

Schwarzer Adler: Direktor Knebel a. Schroda; Landrath a. D. v. Gumpert u. Gutsb. v. Dobrzycki a. Bąblin; Gutsb. Cunow a. Stęroczyn.

Goldene Gans: Gutsb v. Moraczewski a. Chaławy; Frau Gutsb. v. Radońska a. Lubee.

Hôtel de Saxe: Agronom Martin a. Chobienice.

Hôtel à la ville de Rôme: Probst Szymanski a. Moszyn; die Gutsb. v. Moszczynski a. Jeziorek u. Jaraczewski a. Wojciechowo.

Hôtel de Berlin: Kfm. Cottbus a. Lissa; Fräul. Szymanska a. Ostrowito.

Hôtel de Paris: Gutsb. Jarantowski a. Zalesie; Musiklehrer Greulich a. Czarnotek.

Hôtel de Pologne: Kantor Strauß u. Lehrer Sommer a. Rogasen Kfm. Bran a. Rawicz.

Im Eichborn: Die Kaufl. Cohn u. Basch a. Wollstein; Jakowicz a. Santomysl u. Levi a. Krotoschin.

Weißer Adler: Gutsb. v. Bieczynski a. Grąblewo; Pächter Hoffmeyer a. Tarnowo; Studiosus Spille a. Jactorowo; Frau Destillateur Tschacher, Feldwebel Mack u. Gastw. Goy a. Wreschen.

Zur Krone: Die Kaufl. Soldin a. Birnbaum; Memelsdorf u. Salinger a. Samter; Kwilecki a. Neustadt b. P.; Rosenberg a. Gnesen; Oettinger a. Rakwitz; Asch u. Fuchs a. Rawicz; Frau Kfm. Reich a. Samter; Gastw Werschan a. Neustadt b. P.

Drei Lilien: Mühlenbesitzer Jerzewski a. Gnesen; Eigenthümer Sębinski a. Samter.

Breslauer Gasthof: Die Musici Buse a. Blesen u. Krause a. Tanaburg.

Markt-Bericht.

Posen, den 10. April.

Weizen 1 Rthlr. 16 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 24 Sgr. 5 Pf. Roggen 24 Sgr. 5 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 20 Sgr. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 16 Sgr. 8 Pf. bis 18 Sgr. 11 Pf. Buchweizen 20 Sgr. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 24 Sgr. 5 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Kartoffeln 15 Sgr. 7 Pf. bis 17 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 25 Sgr. bis 1 Rthlr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 10. April. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus. Pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles: 11⅔ bis 11¾ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 9 April 1850.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	106	105½
Staats-Schuldscheine	3½	87	86½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	103¼	102¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	104	103½
Westpreussische Pfandbriefe	3½	90	89½
Grossh. Posener "	4	100⅞	—
" "	3½	90½	90
Ostpreussische "	3½	93¼	—
Pommersche "	3½	95¾	95¼
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	95¼
Schlesische "	3½	—	95¼
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	94¼	93¼
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12 11/12	12 5/12
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	90¼
" Prioritäts-	4	—	95⅛
Berlin-Hamburger	4	—	79
" Prioritäts-	4½	—	100¼
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	65⅜
" " Prior. A. B.	4	—	92
" " "	5	—	101
Berlin-Stettiner	4	105	—
Cöln-Mindener	3½	95	95
" Prioritäts-	4½	102	—
Magdeburg-Halberstädter	4	142¾	—
Niederschles.-Märkische	3½	83½	83½
" Prioritäts-	4	—	94⅜
" "	5	—	104⅛
" " III. Serie	5	—	102¼
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	103¾
" " B.	3½	—	102½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	77	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	61¾
Stargard-Posener	3½	—	83

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.